

VON THOMAS SEIBERT
UND THOMAS SPANG

ISTANBUL/WASHINGTON Pro-iranische Milizionäre im Nahen Osten gehen in Deckung: Nach dem Tod von drei US-Soldaten bei einem Drohnenangriff auf ihren Stützpunkt im Dreiländereck von Syrien, Irak und Jordanien haben iranische Kämpfer in der Region die Hauptquartiere ihrer Milizen geräumt, weil sie amerikanische Vergeltungsschläge fürchten. Die USA könnten nach ihren ersten Verlusten seit Ausbruch des Gaza-Krieges auch den Iran selbst ins Visier nehmen.

Das Regime in Teheran setzt seit Monaten verbündete Milizen ein, um US-Streitkräfte im Nahen Osten anzugreifen. Damit will der Iran im Konflikt zwischen der Hamas und dem US-Partner Israel Flagge zeigen, ohne selbst in den neuen Nahost-Krieg verwickelt zu werden. Doch der Angriff auf den US-Stützpunkt zeigt, dass Teheran die Kontrolle über seine Hilfstruppen verliert: Der iranisch-amerikanische Konflikt eskaliert, ohne dass die beiden Seiten das eigentlich wollen.

Der „Islamische Widerstand im Irak“, ein Zusammenschluss pro-iranischer Milizen, hatte nach eigenen Angaben am Sonntag eine Kamikaze-Drohne auf den US-Stützpunkt im Dreiländereck stürzen lassen. Die Drohne explodierte in den Mannschaftsquartieren des Vorpostens „Tower 22“ auf jordanischem Boden, tötete drei Soldaten und verletzte mindestens 34 weitere. Wie viele US-Soldaten in „T22“ stationiert sind, ist nicht bekannt. Im Irak befinden sich rund 2500 amerikanische Soldaten, in Syrien 900.

Es gebe „einen Konflikt zwischen den US-Streitkräften und Widerstandsgruppen in der Region“, so das Mullah-Regime. Teheran verschweigt, dass die meisten dieser „Widerstandsgruppen“ von Iran finanziert und ausgerüstet werden. So auch der „Islamische Widerstand“, der für die Drohnenattacke auf den „T22“ die Verantwortung übernahm.

Während US-Präsident Joe Biden die fortgesetzten Nadelstiche Irans seit Beginn des Gaza-Krieges weitgehend ignorierte, versprach er in einer Erklärung, „alle Verantwortlichen zu einem Zeitpunkt und einer Art unserer Wahl zur Rechenschaft zu ziehen“.

Die amerikanischen Geheimdienste gingen bisher davon aus, dass Iran kein Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den USA habe. Der CIA prüft,



Ein Foto von der Militärbasis „Tower 22“ vom Oktober 2023. Sie wurde am Sonntag angegriffen.
FOTO: PLANET LABS PBC VIA AP/DPA

INFO

Jordanien wird lange als Stützpunkt genutzt

„Tower 22“ Die Militärbasis „Tower 22“ befindet sich im Nordosten Jordaniens. Wie viele US-Soldaten in „T22“ stationiert sind, ist nicht bekannt.

Soldaten Im Irak befinden sich rund 2500 amerikanische Soldaten. In Syrien sind es 900. In Jordanien sind rund 3000 Soldaten stationiert. US-Truppen nutzen das Land schon lange als Stützpunkt.

Die ungewollte Eskalation

Der Angriff auf den US-Stützpunkt in Jordanien zeigt, dass Teheran die Kontrolle über seine Hilfstruppen verliert. US-Präsident Joe Biden verspricht Vergeltung. Er hat begrenzte Optionen, wenn er einen größeren Konflikt mit dem Iran vermeiden will.

ob sich mit dem Anschlag im Morgengrauen an dieser Einschätzung etwas geändert hat.

US-Militärs haben seit Ausbruch des Gaza-Krieges im Oktober mehr als 150 Angriffe pro-iranischer Milizen auf amerikanische Stützpunkte im Nahen Osten gezählt. Biden, der einen schwierigen Wahlkampf vor sich hat, ließ die meisten Angriffe bisher mit örtlich begrenzten Schlägen beantworten; im Januar tötete eine US-Drohne einen pro-iranischen Milizenchef.

Für die Republikaner macht das keinen Unterschied. Zu Beginn eines langen Wahljahres sehen sie in dem Angriff eine Chance, Präsident Biden als „schwach“ aussehen zu

lassen. Entsprechend heftig vielen die Reaktionen aus. Senator Tom Cotton forderte „verheerende militärische Vergeltung“ sowohl in Iran als auch im Mittleren Osten. Alles darunter mache Biden „zu einem Feigling“. Donald Trump behauptete, wäre er im Weißen Haus, „wäre dieser Angriff nie passiert“.

Präsident Biden beriet sich am Sonntag unter anderem mit seinem Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan, Verteidigungsminister Lloyd Austin, dem Joint Chiefs of Staff General Charles Brown und der Nationalen Geheimdienstdirektorin Avril Haines über eine angemessene Antwort. Später fasste er die einstimmige Einschätzung seiner Be-

rater mit dem Satz zusammen: „Wir müssen antworten.“

Doch wie genau, das bleibt die knifflige Frage. Denkbar wären nach Ansicht von Experten verdeckte Vergeltungsschläge in Iran, gezielte Angriffe auf iranische Befehlshaber oder direkte Schläge gegen den „Islamischen Widerstand“ und andere von Teheran unterstützte Milizen.

Auch wenn „T22“ von pro-iranischen Milizen beschossen wurde – im Interesse der iranischen Führung sei der Drohnenangriff nicht gewesen, sagt der Iran-Experte Arash Azizi. Wahrscheinlich sei der Beschuss das Werk „übereifriger irakischer Milizen“ gewesen, sagte Azizi unserer Zeitung.

Dieser „Übereifer“ ist schon länger ein Problem für die iranische Führung. Pro-iranische Gruppen beklagen, dass Teheran trotz seiner oft großspurigen anti-amerikanischen und anti-israelischen Rhetorik nur wenig tut, um Amerika und Israel zu schwächen. Die irakischen Milizen beschwerten sich nach Angaben von Azizi, dass sie von US-Raketen und -Kampfflugzeugen angegriffen würden. „Sie sagen: Die Amerikaner achten darauf, keine Iraner zu treffen, aber sie haben kein Problem damit, Iraker zu töten“, beschreibt Azizi die Aussagen irakischer Milizionäre.

Teheran distanzierte sich am Montag vom Angriff auf „T22“

Sechs NRW-Projekte helfen in Israel

Minister Nathanael Liminski (CDU) ruft weitere Städte zur Beteiligung auf.

VON SINA ZEHRFELD

DÜSSELDORF Nach dem Angriff der Hamas auf Israel Anfang Oktober gibt es heute sechs Kooperationen in NRW, die den Wiederaufbau in israelischen Gemeinden in der Nähe des Gazastreifens fördern oder den Bürgern in den betroffenen Gebieten helfen sollen. Die Städte Essen, Bochum, Köln und Münster sowie Initiatoren im Kreis Gütersloh und Düsseldorf haben entsprechende Projekte begonnen.

So engagiert sich Essen für eine Notunterkunft, in der zuletzt etwa 260 Menschen aus Städten der gefährdeten Region am Gazastreifen leben. Ein Kindergarten, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche werden geschaffen. Köln will dabei helfen, notwendige technische Ausstattungen für Studierende bereitzustellen, nachdem Studienorte zur Sicherheit in Ausweichquartiere verlegt werden mussten. Münster ermöglicht in Israel Konzerte für direkt vom Krieg betroffene, geflohene und durch Evakuierungen in Sicherheit gebrachte Bürger.

Die Landesregierung hatte das Aufbauprojekt „Shalom – Chaveruth“, hebräisch für „Frieden“ und „Freundschaft“, Anfang November ins Leben gerufen, um speziell Verbindungen zu Kommunen in der Umgebung des Gazastreifens zu knüpfen. „Wo Terroristen jüdisches

Leben auslöschen wollten, wird Nordrhein-Westfalen helfen, es wieder zum Blühen zu bringen“, sagte der nordrhein-westfälische Minister für Europa und Internationales, Nathanael Liminski (CDU), unserer Redaktion. Es gebe dafür noch viel zu tun: „Wir rufen weitere Kommunen aus Nordrhein-Westfalen dazu auf, sich an ‚Shalom – Chaveruth‘ zu beteiligen.“ Man wolle langfristige und nachhaltige Partnerschaften begründen. „Als wehrhafte Demokratien teilen wir Werte und Interessen“, sagte Liminski: „Neben unserer historischen Verantwortung ist das der Kern unserer besonderen Verbundenheit mit Israel.“

Bei den bisherigen Vorhaben stehen häufig junge Menschen im Fokus. Der Kreis Gütersloh und das Kreisgymnasium Halle arbeiten beispielsweise daran, einer Schule, die 90 Schüler aus gefährdeten Ge-

bieten aufgenommen hat und das eigene Gebäude derzeit nicht nutzen kann, Unterrichtscontainer zur Verfügung zu stellen. Die jüdische Gemeinde und die Stadt Düsseldorf haben einen Besuch junger israelischer Schwimmerinnen und Schwimmer in die Wege geleitet, die ihre eigene Trainingshalle am Gazastreifen nicht mehr aufsuchen können. Im Februar sollen die israelischen Athleten nun eine Woche in Düsseldorf zu Gast sein, fürs Training und für interkulturellen Austausch zwischen Jugendlichen beider Länder.

Die Landesregierung stellt für „Shalom-Chaveruth“ 400.000 Euro zur Verfügung. Aus ihrer Sicht geht es dabei weniger um Hilfe in einer akuten Notsituation. Ziel ist es, Freundschaften und den Austausch zwischen Institutionen in NRW und Israel zu festigen.



Nathanael Liminski (CDU), Minister für Europa und Internationales in NRW, spricht im Landtag. FOTO: DPA

Hilfswerk in der Krise

UNRWA-Chef Philippe Lazzarini verteidigt die Organisation gegen schwere Vorwürfe.

JAN DIRK HERBERMANN

GENF Mitte Dezember 2023 gab sich Philippe Lazzarini empört: „Ich bin entsetzt über die Verleumdungskampagnen gegen die Palästinenser und diejenigen, die ihnen helfen.“ Anschuldigungen gegen das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) seien zuweilen „vulgär“. Das UNRWA, immerhin der größte Anbieter sozialer Leistungen für Millionen Palästinenser, sei selbst „Ziel“ des Krieges in Nahost geworden. Lazzarini, er ist der Generalkommissar der UNRWA, verteidigte damals nahezu bedingungslos die 30.000 Mitarbeiter – und sich selbst.

Jetzt aber sieht sich Lazzarini mit Vorwürfen gegen UNRWA-Personal konfrontiert, die alles Bisherige übertreffen: Israels Regierung will beweisen können, dass zwölf Mitarbeiter Lazzarinis an den Hamas-Terrorüberfällen am 7. Oktober auf den jüdischen Staat teilnahmen. Es könnten sogar weitere Fälle hinzukommen. Die mögliche Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern an den Massakern löst internationalen Schockwellen aus und stürzt Lazzarinis UNRWA in seine schwerste Krise. Ohnehin überfordert der Nahost-Krieg die Lazzarini-Helfer jeden Tag aufs Neue.

Die wichtigsten Geldgeber, darunter die USA und Deutschland, wollen zunächst keine neuen Mittel an die



Philippe Lazzarini, Generalkommissar der UNRWA. FOTO: AFP

1949 gegründete Organisation überweisen. „Unsere humanitäre Aktion, auf die zwei Millionen Menschen im Gazastreifen als Lebensader angewiesen sind, bricht zusammen“, warnt Lazzarini. „Ich bin schockiert, dass solche Entscheidungen auf der Grundlage des angeblichen Verhaltens einiger weniger Personen getroffen werden.“ Lazzarini kämpft nun um das Überleben der UNRWA in seiner heutigen Form.

Der seit 2020 amtierende Lazzarini (60) und auch frühere UNRWA-Generalkommissare sind Druck gewohnt, das Parieren von schweren Vorwürfen gehört zum Jobprofil: So beschuldigt die Nichtregierungsorganisation IMPACT-se das Hilfswerk

regelmäßig, dass Lehrer in UNRWA-Schulen Hass auf Israel predigen, dass Kinder dort jüdenfeindliche Texte studieren. Der Hamas-Angriff auf Israel sei bejubelt worden. Israels Regierung bezichtigt das Hilfswerk sogar der Kumpanei mit der Hamas. Lazzarini dirigiert seine Beschäftigten nicht nur im Gazastreifen, sondern auch im Westjordanland, Ost-Jerusalem, Jordanien, Libanon und Syrien. Bildungsvermittlung ist die größte UNRWA-Aufgabe, die Organisation betreibt zudem medizinische Einrichtungen, unterstützt Unternehmensgründer und regelt sogar die Müllabfuhr. Zielgruppe sind die knapp sechs Millionen palästinensischen Flüchtlinge in der Region.

Der vierfache Familienvater Lazzarini selbst begann seine Karriere als Wirtschaftswissenschaftler beim Schweizer Kanton Bern, er arbeitete für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und als Marketingchef des Finanzhauses Union Bancaire Privée. Im Jahr 2003 heuerte er bei den Vereinten Nationen an und kam vielfach im Nahen Osten zum Einsatz, ab 2015 in hoher Position im Libanon. In dieser Zeit beobachtete Lazzarini den Sturz des damaligen UNRWA-Chefs Pierre Krähenbühl, ebenfalls ein Schweizer. Infolge eines UNRWA-Skandals um Machtmissbrauch und Nepotismus trat Krähenbühl zurück – wies aber jede Schuld von sich.